

Was würden Sie von Anreizen für eine längere Erwerbstätigkeit halten?

In der Schweiz wird die AHV reformiert. Unter anderem steht die längere Erwerbstätigkeit im Fokus mit finanziellen Anreizen, **damit es für Senioren lohnenswert wird, länger im Berufsleben zu bleiben**. Auch in Liechtenstein müssen bezüglich der AHV Massnahmen getroffen werden, wie aus dem Anfang Mai veröffentlichten Geschäftsbericht der AHV-IV-FAK-Anstalten hervorgeht. Wie einem Interview in der «Liewo» im April mit Walter Kaufmann, Direktor der Liechtensteinischen AHV-IV-FAK, zu entnehmen ist, entscheiden sich rund 50 Prozent für einen Vorbezug der Rente. Was über kurz oder lang kommen werde, sei die Erhöhung des Referenzalters von 65 Jahren.

«Attraktiv und gerecht bleiben»

Dietmar Hasler

Landtagsabgeordneter der Vaterländischen Union (VU)

Einleitend wiederhole ich gerne, was ich bereits vor der Wahl auf Wahlhilfe.li geäußert habe: Ich stehe einer generellen Erhöhung des Rentenalters skeptisch gegenüber. Wer länger arbeiten muss, hat weniger Zeit, um den Ruhestand bei guter Gesundheit zu geniessen. Besonders in körperlich belastenden Berufen wie dem Bau, der Pflege oder dem Handwerk ist es oft nicht realistisch, bis ins hohe Alter zu arbeiten. Eine Verlagerung von älteren Arbeitnehmenden in die Arbeitslosenversicherung oder andere Sozialwerke muss vermieden werden.

Gleichzeitig ist es wichtig, die Entwicklung in den Nachbarländern im Blick zu behalten. Als Arbeitsstandort für Grenzgänger muss Liechtenstein wettbewerbsfähig bleiben, auch im Hinblick auf das Rentenalter. Viele Menschen möchten heute schon freiwillig länger arbeiten. Diese Bereitschaft sollten wir gezielt fördern. Ältere Mitarbeitende

bringen einen wertvollen Erfahrungsschatz mit, der für Unternehmen und unsere Gesellschaft von grossem Nutzen ist. Es wäre schade, wenn dieses Wissen verloren ginge. Ein nicht zu unterschätzender Aspekt ist dabei die Wertschätzung gegenüber älteren Arbeitnehmenden. Wer sich gebraucht fühlt, innere Motivation verspürt und in seiner Arbeit Sinn erkennt, ist oft gerne bereit, länger im Berufsleben zu bleiben. In Schweden beispielsweise werden statt «Seniorenprogramme» zu schaffen, ältere Mitarbeitende in reguläre Arbeits- und Innovationsprozesse eingebunden. Deshalb bin ich klar dafür, Hürden abzubauen und finanzielle Anreize zu schaffen – etwa durch Steuervorteile, bessere Förderungen von Umschulungen oder flexible Teilzeitmodelle und vor allem durch mehr Wertschätzung. Es braucht kreative, liechtensteinische Lösungen, um eine längere Erwerbstätigkeit attraktiv und gerecht zu gestalten.



«Der Regierung stehen vorrangig drei zentrale Stellschrauben zur Verfügung»

Thomas Rehak

Landtagsabgeordneter der Demokraten pro Liechtenstein (DpL)

Die Frage steht im Zusammenhang mit Massnahmen zur Stabilisierung der AHV. Eine Erwerbstätigkeit ab dem Renteneintritt ist von AHV-Beiträgen befreit. Sie leistet daher keinen Beitrag zur AHV, nützt jedoch der Wirtschaft und der individuellen Altersvorsorge. Gehen Personen frühzeitig in Rente, fehlen sie dem Arbeitsmarkt. Für die AHV ist dies kostenneutral, da Frührentner dauerhaft eine reduzierte Rente beziehen. Wenn Frührentner dennoch erwerbstätig sind, leisten sie mit dem AHV-Lohnabzug bis zum Alter von 65 einen solidarischen Beitrag zugunsten aller Versicherten.

Das versicherungsmathematische Gutachten, das im Dezember 2024 im Landtag behandelt wurde, zeigt klar: Selbst unter Berücksichtigung der von der Regierung geplanten Massnahmen werden die AHV-Reserven spätestens bis 2043 unter das gesetzlich vorgeschriebene Fünffache der Jahresausgaben fallen. Aktuell ist das Vermögen der AHV ein bedeutender «dritter Beitragszahler»: Seit 1954 wurden damit rund 21 Prozent der

gesamten AHV-Einnahmen erwirtschaftet. Der Erhalt dieses Vermögens ist daher nicht nur aus sozialpolitischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht zwingend notwendig.



Der Regierung – und letztlich dem Landtag – stehen vorrangig drei zentrale Stellschrauben zur Verfügung: eine Anpassung des Rentenalters, eine Erhöhung des Staatsbeitrags sowie Änderungen bei den Beitragssätzen. Angesichts eines Haushaltsüberschusses von 333 Millionen Franken im Jahr 2024 könnte die AHV zwar mit Steuergeldern unterstützt werden – dies würde das strukturelle Problem der AHV jedoch nicht lösen. Der Landtag wird noch in diesem Jahr die entscheidenden Weichen für die Zukunft der AHV stellen müssen.

Darüber hinaus sind weitere Impulse notwendig: Die DpL fordert eine deutliche Erhöhung des Vermögensbeitrags. Dadurch schaffen wir Anreize zur privaten Altersvorsorge, fördern die Kapitalbildung und stärken eine Kultur der Eigenverantwortung.

«Nicht nur monetäre Anreize beachten»

Franziska Hoop

Landtagsabgeordnete der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP)

Angesichts der demografischen Entwicklung des Fachkräftemangels und der langfristigen Sicherung der AHV ist es richtig, über Anreize für eine längere Erwerbstätigkeit nachzudenken. Wer länger arbeitet, leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag gegen den Fachkräftemangel, sondern kann auch von einer höheren Rente profitieren.

Wenn Anreize geschaffen werden, müssen diese aber unbedingt freiwillig sein. Ein versteckter Druck oder Verpflichtung für eine spätere Pensionierung wären kontraproduktiv. Der Staat kann hier gute Rahmenbedingungen schaffen (bspw. im Arbeitsrecht), wichtig ist es aber auch, dass die

Wirtschaft entsprechende Arbeitsplätze und -modelle für die Mitarbeitenden anbietet. Dabei spielt es eine Rolle, dass Lebensrealitäten sehr unterschiedlich sind. Während manche gesundheitlich problemlos bis 70 arbeiten können, gelangen andere körperlich oder psychisch viel früher an ihre Grenzen. Hier braucht es branchenspezifisch flexible Lösungen der Arbeitgeber oder



Arbeitgeberverbände wie etwa Teilzeitmodelle, Weiterbeschäftigung mit reduzierter Verantwortung oder gezielte Unterstützung für einen sanften Übergang in die Rente.

Gute Anreize sind nicht nur finanzieller Natur. Auch Wertschätzung, sinnvolle

Aufgaben und ein altersgerechtes Arbeitsumfeld spielen eine zentrale Rolle. Umfragen ergeben wenig überraschend, dass wer sich geschätzt fühlt und in einem positiven Umfeld tätig sein kann, eher länger arbeitet.

Die Diskussion um das Rentenalter darf daher nicht isoliert geführt werden. Es geht um mehr als Rentenalter und Rentenhöhe, sondern um faire, generationengerechte Lösungen für unsere Gesellschaft.

Potenzial besteht jedenfalls, das hat auch ein Postulat der FBP zum Thema Arbeitsattraktivität 60plus gezeigt. Die Beantwortung aus der letzten Legislatur ist im Bericht und Antrag 2024/12 nachlesbar.



«Anreizsysteme für längeres Arbeiten können sinnvoll sein, müssen aber fair gestaltet sein»

Patrick Risch

Stv. Abgeordneter der Freien Liste (FL)

Grundsätzlich sind solche Anreize zu begrüßen, da sie das Potenzial älterer Arbeitnehmer:innen nutzen und Sozialsysteme entlasten. Allerdings müssen solche Systeme fair gestaltet sein, um negative Konsequenzen zu vermeiden.

Es darf keine Bestrafungen für Menschen geben, die aus verschiedenen Gründen früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden müssen. Viele sehen sich gezwungen, vorzeitig in die Frühpension zu gehen, weil ihnen z. B. mit 60 Jahren gekündigt wird und die Wirtschaft oftmals immer noch Probleme bekundet, älteren Menschen wieder eine Stelle zu bieten. In solchen Fällen wäre es ungerecht, diese Personen zusätzlich zu benachteiligen.

Es gibt auch viele Fälle, in denen Menschen einfach nicht mehr physisch oder psychisch in der Lage sind, bis zum gesetzlichen Pensionierungsalter oder darüber hinaus zu

arbeiten. Der Arbeitsmarkt wird immer vielschichtiger und fordernder. Viele Menschen werden von der Arbeit ausgebrannt. Die Wirtschaft fordert in vielen Fällen immer mehr von ihren Angestellten, kommt aber ihrer Fürsorgepflicht nicht mehr ausreichend nach.



Ein weiteres Problem, das angegangen werden muss, sind die Pensionskassen. Wenn man heute aus dem Erwerbsleben – aus welchen Gründen auch immer – ausscheidet, so erlischt die Versicherung und das angesparte Geld muss auf ein Freizügigkeitskonto deponiert werden, wo es praktisch keinen Zins gibt.

Anreizsysteme für längeres Arbeiten können sinnvoll sein, müssen aber fair gestaltet sein. Gleichzeitig müssen aber auch die Probleme auf dem Arbeitsmarkt und in den Pensionskassen angegangen werden, um nachhaltige Lösungen zu schaffen.